Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 57. Freitag den 8. März. **1850.**

Inhalt.

Bekanntmachung.

Ungeachtet sämmtliche 6 Klassen des Königlichen Marien-Gymnasiums hierselbst bereits getheilt und sonach 12 Klassen eingerichtet worden, sind dieselben doch so überfüllt, daß im Laufe des Schuljahres d. i. bis Michaelis d. J. auswärtige Schüler in das gedachte Gymnasium nicht aufgenommen werden können, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Posen, den 28. Februar 1850.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
von Beurmann.

Berlin, den 7. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Staats-Minister von Bodelschwingh, auf sein Ansuchen, von der Leitung der Geschäfte des Deutschen Verwaltungs-Rathes zu entbinden und solche von jetzt ab dem General-Lieutenant von Radowitz zu übertragen; und dem Major Leinveber und dem Rittmeister von Stosch des 2ten (Leib-) Husaren-Regiments den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern; dem Kreisgerichts-Rath Fatken zu Steinfurt und dem Pfarrer Strecker zu Morgenitz, Regierungs-Bezirk Stettin, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie den Wachtmeistern Glaubitz, Retzlaff, Lange und dem Unteroffizier Reimann des 7ten Husaren-Regiments das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse; desgleichen dem Küster und Schullehrer Musick zu Neu-Golm, Regierungs-Bezirk Potsdam, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath von Frankenberg-Ludwigsdorf, ist von Magdeburg angekommen. — Der General-major und Inspecteur der 1sten Artillerie-Inspektion, von Frankenberg, ist nach Stettin abgereist.

Berlin, den 7. März. Der Staatsanzeiger von heut enthält das Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850; ferner die Königl. Genehmigung, daß die Tarife zur Erhebung der Schifffahrts-Abgaben in den Städten Königsberg und Elbing vom 13. Dezember 1844, beide mit den inzwischen auf Grund besonderer Anordnungen eingetretenen Ermäßigungen einzelner Abgaben, bis auf Weiteres in Kraft bleiben.

Deutschland.

Berlin, den 5. März. Der Staats-Anzeiger enthält in seinem nichtamtlichen Theile einen Auszug aus dem Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrathes. In derselben sind die über die letzte Erklärung der Königlich Hannoverschen Regierung vom 21. Februar d. J. an ihren Gesandten den Grafen Knyphausen zu Berlin, bezüglich des Verhältnisses dieser Regierung zu dem Bündniß vom 26. Mai 1849 bisher im Verwaltungsrathe gepflogenen Verhandlungen enthalten. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Der Vorsitzende legt dem Verwaltungsrath die folgende Note des Königlich Hannoverschen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vor, welche dem Königlich Preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten seitens des hiesigen Königlich Hannoverschen Gesandten am 25sten v. M. zugegangen ist:

„Wir haben mit dem Berichte des Herrn Gesandten vom 15ten d. M. den Auszug aus dem Protokolle der 79. Sitzung des Verwaltungs-Raths der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai 1849 verbündeten Deutschen Regierungen, datirt vom 13. Februar 1850, erhalten.

Diesem Protokoll-Auszuge zufolge, hat der erwähnte Verwaltungs-Rath in, wie es dort heißt, definitiver Beschlußnahme einstimmig unter Anderem festgesetzt:

daß die im Artikel IV. des Vertrages vom 26. Mai 1849 vorgesehene Reichs-Versammlung auf den 20. März 1850 in die Stadt Erfurt einberufen,

und

daß dieser Reichs-Versammlung der Entwurf der Verfassung des Deutschen Bundesstaats und des dazu gehörigen Wahlgesetzes, wie dieser Entwurf unter den auf Grund des Vertrags vom 26. Mai 1849 verbündeten Deutschen Regierungen vertragsmäßig festgesetzt sei, zugleich mit ferner erforderlichen Vorlagen durch den Verwaltungs-Rath zur Vereinbarung werde übergeben werden.

Zur Begründung dieser Festsetzung ist in dem Protokoll-Auszuge auf verschiedene Vertrags-Bestimmungen und Aktenstücke Bezug genommen; unter Anderem auf den daselbst, jedoch nur in seinen beiden ersten und mit Weglassung der beiden letzten Alinea wörtlich abgedruckten Artikel IV. des Vertrags vom 26. Mai 1849.

Diese unerwähnt gebliebenen Bestimmungen des Artikels IV. lauten:

„Abänderungen (des vereinbarten Verfassungs-Entwurfs), welche von dieser Reichsversammlung beantragt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Verbündeten.

Dieselben behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung, das Weitere festzusetzen."

Einer Festsetzung dieser Art, wenn sie dem von Sachsen und Hannover mit abgeschlossenen Vertrage vom 26. Mai 1849 entsprechen soll, ist nach obigen Bestimmungen die Theilnahme der Regierungen dieser Staaten unentbehrlich.

Der Beschluß vom 13. Februar ist hingegen nicht nur ohne deren Theilnahme gefaßt, sondern es haben auch Sachsen und Hannover einer solchen Festsetzung bis dahin, daß das Bündniß durch den Beitritt anderer deutschen Staaten den im vereinbarten Verfassungs-Entwurfe vorgesehenen Umfang, und daß die Ausführung des Verfassungs-Entwurfes die nach den Gesetzen des deutschen Bundes erforderliche Zustimmung Oesterreichs erlangt haben werde, ausdrücklich widersprochen.

Um so bedeutungsvoller ist der vorliegende Beschluß. Ohne Theilnahme Sachsens und Hannovers gefaßt, steht entweder der Beschluß vom 13. Februar 1850 mit den Vorschriften des Vertrags vom 26. Mai 1849 im Widerspruche, oder Sachsen und Hannover sind bei der Fassung desselben als Theilnehmer des Vertrags nicht mehr angesehen.

Andererseits kann die Königliche Regierung den gegenwärtig zu Berlin versammelten Verwaltungs-Rath weder nach dem Vertrage vom 26. Mai, noch nach den Gesetzen des deutschen Bundes für berechtigt halten, aus den durch jenen Vertrag verbündeten Staaten eine sogenannte Reichsversammlung zu berufen, um mit dieser Versammlung diejenige Verfassung zu vereinbaren, deren Entwurf, neben dem Vertrage vom 26. Mai festgestellt, für ganz Deutschland, außer Oesterreich, berechnet und nur durch die gleichwohl mehrseitig versagte Zustimmung der Mitglieder des deutschen Bundes mit deren feierlich anerkannten Rechten in Einklang zu bringen ist.

Sie vermag daher auch von dieser Seite den Beschluß vom 13. Februar nur als einen solchen zu betrachten, welcher Zwecke verfolgt, die dem Vertrage vom 26. Mai fremd sind und die nur auf ein, zwischen der Krone Preußen und den übrigen Theilnehmern des Beschlusses bestehendes besonderes Vertragsverhältniß zu begründen sein würden.

Die Verhinderung einer derartigen Vereinbarung liegt außer der Macht der Königlichen Regierung.

Eine Theilnahme an derselben kann von ihr nicht beabsichtigt werden.

Sie muß annehmen, daß der Beschluß vom 13. Februar d. J. von der Königlich Preußischen Regierung und den übrigen Theilnehmern aus gleichem Gesichtspunkte betrachtet werde.

Die Unverträglichkeit einer Vereinbarung, welche den Beschluß vom 13. Februar 1850 gerechtfertigt erscheinen lassen könnte, mit dem Vertrage vom 26. Mai 1849, bedarf einer weiteren Nachweisung nicht.

Die Königliche Regierung muß daher durch den Beschluß vom 13. Februar 1850 ihre Beziehungen zu dem Vertrage vom 26. Mai 1849 als völlig gelöst und ihr Verhältniß zu den Theilnehmern desselben auf die Grundlage des Deutschen Bundes zurückgeführt ansehen, an welchem sie, unter getreuer Erfüllung ihrer Bundespflichten, festzuhalten entschlossen ist.

Wir beauftragen den Herrn Gesandten, die gegenwärtige Eröffnung auf amtlichem Wege zur Kenntniß des Königlich Preußischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu bringen und damit Namens der Regierung Sr. Majestät des Königs die Bezeugung des angelegentlichen Wunsches zu verbinden, daß die zwischen den beiderseitigen Regierungen und Landen bestehenden bundesfreundlichen und nachbarlichen Beziehungen auch künftig in jeder Weise ungetrübt erhalten bleiben mögen."

Der Vorsitzende erklärt, die Königl. Preußische Regierung habe ihn nun beauftragt, den Verwaltungsrath von dieser Note in Kenntniß zu setzen. Es entspinnt sich hierauf eine Debatte, an welcher sich zunächst der Badische Bevollmächtigte betheiligt. Er hält das, was die Hannoversche Regierung vorbringt, für rechtlich unbegründet und irrelevant. Neu sei nur der in keiner Weise zu rechtfertigende Schritt der einseitigen Lösung eines feierlich geschlossenen Vertrages und die beklagenswerthe Thatsache einer offenen Rechtsverletzung. Er stimme zunächst und vor Allem für Beschleunigung der gegen Hannover bei dem Bundes-Schiedsgericht anzustellenden Klage.

Der Großherzoglich Hessische Bevollmächtigte stimmt dem Großherzoglich Badischen Bevollmächtigten darin bei, daß von einer Ueberweisung der so eben vernommenen Erklärung der Königlich Hannoverschen Regierung an die Verfassungs-Commission Umgang zu nehmen sein möge, da die in dieser Erklärung aufgestellten Behauptungen und die daraus abgeleiteten Folgesätze in den früheren Protokollar-Verhandlungen des Verwaltungs-Raths schon zur Genüge geprüft und widerlegt seien.

Der gemeinschaftlich Bevollmächtigte der Thüringischen Staaten und der Großherzogliche Mecklenburgisch-Schwerinsche Bevollmächtigte stimmen den Ansichten des Hessischen Bevollmächtigten bei, eben so der Großherzogl. Oldenburgische Bevollmächtigte. Der Mecklenburg-Strelitzsche Bevollmächtigte stimmt für Verweisung an die Verfassungs-Kommission, in gleicher Weise auch einige Andere. Sämmtliche Bevollmächtigte, welche sich mit den Ausführungen des Hessischen Bevollmächtigten einverstanden erklären, legen gleichzeitig die Erklärung im Namen ihrer Regierungen nieder, daß sie mit allen Kräften an der Durchführung des Bündnisses festhalten werden.

Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß er auch jetzt noch, indem er fortfahre, sich seinerseits jedes Urtheils über die Hannoversche Erklärung einstweilen zu enthalten, auf eine Verweisung dieser Erklärung an die Verfassungs-Kommission zurückkomme. Er erneuere seinen desfalls gestellten Antrag und beziehe sich zur Unterstützung desselben auf die Ausführung des Herzoglich Braunschweigischen Bevollmächtigten. Sei übrigens von mehreren Seiten das Vertrauen gegen Preußen ausgesprochen worden, daß es mit um so größerer Entschiedenheit auf dem betretenen Wege einer bundesstaatlichen Einigung der Deutschen Staaten verharren werde, je mehr dieser Weg erschwert und gefährdet werde, so gebe er Namens der Königlich Preußischen Regierung die Versicherung, daß dieses Vertrauen nicht werde getäuscht werden.

Die sämmlichen anwesenden Mitglieder des Verwaltungs-Raths haben sich schließlich dahin geeinigt:

die in der heutigen Sitzung mitgetheilte Erklärung der Königlich Hannoverschen Regierung wird der Verfassungs-Kommission zu schleunigster Berichterstattung zugewiesen;

an die Stelle des zur Zeit abwesenden dritten Mitgliedes der Verfassungs-Kommission, des Herzoglich Nassauischen Bevollmächtigten, Präsidenten Vollpracht, und für die Dauer der Abwesenheit desselben wird sofort ein anderes Mitglied des Verwaltungs-Raths erwählt.

Die Bevollmächtigten werden bei den von ihnen vertretenen Regierungen die Erledigung der Aussprache des Verwaltungs-Rathes vom 20. Februar c., betreffs Entschließung derselben über Anstellung der Klage gegen Hannover und Sachsen, sofort in Erinnerung bringen.

Der Großherzoglich Badische Bevollmächtigte ist zum interimistischen Mitgliede der Verfassungs-Kommission gewählt worden.

von Bodelschwingh. von Meysenbug. von Lepel. Seebeck. von Schack. von Oertzen. Mosle. Dr. Liebe. Dr. Helwing. Dr. Elder. Smidt. Blömer.

Berlin, den 5. März. (Nat.-Ztg.) Die deutsche Reaktion lallt nach, was die französische Reaktion ihr vorsagt. Bei der französischen Reaktion ist es an der Tagesordnung, die Februarrevolution zu verleugnen, zu beschimpfen. Voran sind darin die, welche sich der siegenden Revolution am vordrängendsten anschlossen, welche sich nicht republikanisch und nicht demokratisch genug stellen konnten — vereint mit denen, welche am furchtsamsten sich verkrochen, als das Volk sich erhob. Die deutsche Reaktion will die französische in diesem konservativen Verhalten, in den gefahrlosen Stich- und Stachelworten, in dem ungefährlichen Verleugnen dessen, vor dem im Jahre 1848 gekrochen wurde, sich nicht zuvorkommen lassen. Sie essen und trinken, nur um ihren Patriotismus, ihren wiedererweckten Muth zu zeigen. Der Bürgermeister Naunyn ist immer voran, wo es gilt — mit dem Strom zu schwimmen. Als im Jahre 1848 der Berliner Magistrat voll war von Anerkennung der Revolution, als er die Märzkämpfer feierlich zu Grabe geleitete, als er jene Adresse der Stadt Mannheim beantwortete, bei diesem und allem anderen revolutionären Thun des Berliner Magistrats hat Herr Bürgermeister Naunyn nicht gefehlt; er war ein vorahnender und vorsorglicher Berliner Pethion*) von 1848. Am 2. März 1850 preist er die Zukunft, welche der Mund des Grafen von Brandenburg Berlin verheißt — Berlin, das stets des Vertrauens würdig, ein Vorbild der treuen Hingebung gewesen. Darob murren die reaktionären Tischgäste; das war selbst solcher Gesellschaft zu viel. Herr Naunyn läßt sich nicht irre machen: 1848 der Berliner Pethion, 1850 der Berliner Thiers. Er muß mit Entschiedenheit darauf hinweisen, daß Berlin nicht nach einem vereinzelt dastehendem Ereigniß zu beurtheilen ist, woran die ungeheure Mehrzahl seiner Einwohner keinen Theil hatte. Eine Volksstimme, wie sie sich damals geltend machte, war nicht Gottesstimme. Herr Bürgermeister Naunyn scheint sich für den Trompeter der Gottesstimme zu halten; für das Organ, den leibhaften Inbegriff der wahren Gesinnung der Einwohner Berlins, welche die vier Minister nach Erfurt gewählt haben. Wie stark war doch die ungeheure Minderheit dieser Wähler! Hr. Bürgermeister Naunyn weiß das amtlich am genauesten, weiß am besten, daß sie ebenso ungeheuer war, als die Entschiedenheit, welche er in verschiedenen Lagen seines Lebens bewiesen, insbesondere bei öffentlichen Festmahlen und den Machthabern des Tages gegenüber! Er hat am 2. März 1850 aus seinem Herzen gesprochen. Seine Reden und Thaten haben stets seinem Kopf und seinem Herzen gleich viel Ehre gemacht.

— Ein Bey von Tunis, großer Verehrer der Musik, hatte sich von Frankreich her eine Bande Musikanten kommen lassen. Und es spielte einer nach dem andern vor dem Herrn, jeder auf seinem Instrumente nach seiner Kraft; der Trommler aber gefiel dem Bey am Besten und stieg von Tag zu Tag in seinen Augen, maßen er zum Islam übergetreten war. Als derselbe nun auf der Parade mit Virtuosität trommelte und dabei ab und zu die Trommelstöcke in die Höhe warf und wieder auffing, rief der Bey: „Allah ist groß! dieser Mensch kann einmal Vezir werden, vor der Hand soll er aber diese ungläubigen Hunde kommandiren!" und der Trommler wurde Kapellmeister. Der neue Dirigent traf aber, wenn er Abends unter dem Kiosk des Bey seine Bande spielen ließ, nicht immer den Geschmack des Herrn und es ward für das Hin- und Hermusiciren stehender Gebrauch, daß wenn die Musik dem Bey wohlgefiel, Rosenöl, wenn sie ihm mißfiel — etwas Anderes auf die Musikanten und den Trommler vom Altan herabgegossen wurde. Es geschieht nichts Neues in der Welt, was in Tunis vorkam, wiederholt sich in Berlin. Die „deutsche Reform," die ihre Trommelstöcke hoch genug in die Höhe werfen kann, musicirt auch in diplomatischen Unterhaltungen hin und her und empfängt, nach Umständen, das Rosenöl oder das Andere des Gebieters. Da hieß es vorige Woche, es sei „ein Attentat gegen den gesunden

*) Bürgermeister von Paris in der ersten Revolution.

Menschenverstand," von einer Einigung Preußens mit Oesterreich zu einem allgemeinen deutschen Zollverbande zu reden, und nun die Regierung das Gegentheil thut, ist die D. Ref. gestern entzückt, wirft ihre Trommelstöcke bis in den siebenten Himmel, und wird nicht das Andere, sondern das Rosenöl empfangen! Allah ist groß! — Jeder Mönch muß in seinem Brevier Bescheid wissen und die Deutsche Reform soll nicht von „Fünfmännern" der rettenden That reden, sondern nur von „Viermännern;" denn es sind Ihrer nicht mehr gewesen: „Brandenburg, Manteuffel, Strotha und Ladenberg." Wenn dies am grünen Holz des ministeriellen Blattes geschieht, was soll da am dürren Holz der Demokratie geschehen? Die Herren Rintelen und v. d. Heydt kamen doch erst post festum! — Ein ehemaliger Gasthofbesitzer ist damit beschäftigt, vor dem Oranienburger Thore einen Brütofen, wie vor zwei Jahren ein ähnlicher in der Leipziger-Straße gezeigt wurde, anzulegen. Es ist dieses eine großartige Unternehmung, indem kontraktlich monatlich das ganze Jahr hindurch 5000 junge Küchlein geliefert werden müssen. Es sind an diesem neuen Brütofen vielfache Verbesserungen angebracht, zum Theil nicht ohne Luxus, wie denn z. B. die Eier durch künstliche, schöne, gefiederte Kluckhennen von riesiger Größe ausgebrütet werden. — Die Nr. 10 der Grenzboten enthalten eine Beurtheilung der Macaulay'schen englischen Geschichte, der wir Folgendes entnehmen: „Macaulay ist für uns ein trostreiches Buch. Die auswärtige Politik Englands in der Zeit, die er darstellt, war noch viel schwächer, unsicherer, trübseliger als die heutige desjenigen Staats, der Deutschland repräsentirt, Preußen. Die öffentlichen Charaktere, die sich in den drei Jahren geltend machten, geben ein noch viel unerfreulicheres Bild, als die der Jahre 1848 bis 1849. Was sind unsere Reaktionäre gegen Jeffreys, Sunderland u. s. w., was unsere Demokraten gegen Ferguson und das übrige Gelichter. Wir sehen dort eine Reihe von Schurken und Narren, vom König herunter bis zum Friedensrichter, und eine unbedingte Herrschaft der gemeinsten egoistischen Interessen. Dennoch hat in wenig Jahren England aus dieser tiefen Erniedrigung sich zu einer welthistorischen Bedeutung ohne Gleichen erhoben. Nicht durch ungeheure Thaten — die erzählten Emeuten kommen einem Festländer spaßhaft vor, — sondern durch die natürliche Schwere der realen Interessen. Englands Institutionen waren im Kern gesund, seine Kräfte groß, wenn auch die letzte Spitze derselben und ihre Handhabung verkehrt war. Beides haben auch wir. Die Gemeinsamkeit unserer „bürgerlichen" Interessen ist zu groß, als daß sie nicht endlich in der Politik sich Bahn brechen sollte; und der Organismus des Preußischen Staats, welcher bestimmt ist, den Kern der neuen Organisation zu bilden, zu kräftig, als daß die Verschrobenheit romantischer Staatsmänner, oder die kleinliche Angst vor den Wühlern ihn zerstören könnten. So lange wir noch hoffen dürfen, daß der gesunde Menschenverstand nicht ganz aus uns gewichen ist, so lange dürfen wir an Deutschland nicht verzweifeln." (Const. Ztg.)

— Der „Berliner Verein gegen unnützen Aufwand bei Leichenbegängnissen" hat in neuester Zeit wieder lebhaften Antheil gewonnen. Ist auch der Wunsch, einem geliebten Todten die letzte Ehre so glänzend als möglich zu erweisen, ein wohl verzeihlicher, so sind doch die Kosten, welche meist damit verknüpft sind, so bedeutend, daß anständige, aber unbemittelte Familien, welche sich diesem Luxus nicht zu entziehen vermögen, in die drückendste Verlegenheit gesetzt werden. Jener Verein nun hat es sich zur Aufgabe gestellt, allen überflüssigen, kostspieligen Aufwand streng zu vermeiden, dagegen durch zahlreiche Theilnahme der Vereinmitglieder dem Gestorbenen in einer anderen, aber gewiß nicht minder würdigen Weise die letzte Ehre zu bezeigen. Wir glauben mit Recht, diesen zeitgemäßen Verein unseren Mitbürgern um so dringender empfehlen zu müssen, als der vernünftige Zweck desselben nur eben durch zahlreichen Beitritt gefördert werden kann.*)

Breslau, den 2. März. (N. O.-Z.) Der Beschluß des Ober-Tribunals, das hiesige Stadtgericht mit der Einleitung der Untersuchung gegen den Grafen Oskar Reichenbach auf Dometzky, zu beauftragen, ist, der Wichtigkeit der Sache wegen, in einer Plenar-Versammlung dieses Gerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Ueke verhandelt worden. Nach längeren Debatten einigte man sich darüber, die Angelegenheit der dritten Abtheilung (für Strafsachen) zur Beschlußnahme zu überweisen. Diese aber soll, wie wir hören, beschlossen haben, die Voruntersuchung gegen den Grafen Reichenbach zu eröffnen, und zwar mit den ausdrücklichen Worten: „auf Befehl des Obertribunals."

Hagen, den 28. Febr. Sie erinnern sich, daß während des Iserlohner Aufstandes sich hier ein Sicherheits-Ausschuß aus 16 Mitgliedern, mit dem Dr. Grevel an der Spitze, gebildet hatte. Als der Putsch die schiefe Wendung nahm, flüchtete sich Grevel und die andern Mitglieder wurden zur Untersuchung gezogen. Vor einigen Tagen ist nun vom Anklage-Senate zu Hamm auf Antrag der Staatsprokuratur ein Urtheil ergangen, welches die Angeklagten außer Verfolgung setzt, indem sie während ihrer Thätigkeit als Sicherheits-Ausschuß nichts Ungesetzliches begangen haben. (Elb. Z.)

Mainz, den 1. März. Heute Nachmittag wurde sämmtlichen hiesigen Redakteuren, Buchhändlern und Druckern auf dem Stadthaus ein Schreiben der Festungskommandantur an den Großherzogl. Territorialkommissar mitgetheilt, in welchem erklärt wurde, daß die hiesigen Militairbehörden alle in Schrift oder bildlicher Darstellung erscheinenden Angriffe auf das Militair sofort unterdrücken und deren Urheber ohne Zuziehung der Civilbehörden zur Rechenschaft ziehen, vor allem aber Niemandem gegen etwaige von Civilbewohnern hiesiger Stadt provocirte, aus solchen Angriffen entspringende Excesse seitens der Soldaten Schutz verleihen würden. Veranlassung zu dieser Erklärung hatte eine in einer hiesigen Schreibmaterialien-Handlung verkaufte bildliche Darstellung, so wie ein im Mainzer Tageblatte erschienener Schmähartikel gegen den Prinzen von Preußen gegeben. Die Anwesenden mußten nach geschehener Mittheilung ihre Unterschriften zu Protokoll geben.

Dresden, den 4. März. Sitzung der zweiten Kammer. Vor überfüllten Tribünen begann die Sitzung. Hunderte hatten keinen Raum gefunden. Auf der Ministerbank befanden sich der Minister Dr. Zschinsky, v. Beust und v. Friesen. Auf der Diplomatentribüne bemerkten wir unter Andern auch den neuen Preußischen Gesandten v. Galen.

Für die deutsche Frage sind achtzehn Redner angemeldet und den Reigen beginnt Otto Wigand mit einer höchst emphatischen Rede, die aber trotz alles Ausdrucks keinen, oder wenigstens nur einen von dem Redner nicht beabsichtigten Eindruck machte. Einer Allocution an den Berichterstatter folgte ein Rückblick auf die deutsche Geschichte, mit einer obligaten Drohung gegen England und mit Citaten aus Schiller und Uhland. Auch „Gott im Himmel" kam mit vor! — Der Preußischen Regierung ruft er zu, „daß sie unser Vertrauen vergiftet," aber Oesterreich scheint ihm jetzt „auf dem rechten Wege." Er „beugt sich vor dem Preußischen Volke und seiner Intelligenz," aber „er ist Sachse" und weiß als solcher, daß Preußen nur „auch noch die andere Hälfte Sachsens verschlingen will," und derselbe Mann, der so für Deutschland schwärmt, ruft daher aus, lieber wolle er kein Deutschland, als Sachsen — Preußen geopfert zu sehen. In Summa: Viel Feuer und wenig Wärme, viel Stärke und wenig Kraft, viel Geschichte und wenig Urtheil, und zuletzt nach neunmaliger „In Erwägung" ein Antrag, der von dem Dieskau'schen nur dadurch sich unterscheidet, daß er die ganze Reichsverfassung (mithin einschließlich der Oberhauptsfrage) aufrecht erhalten wissen will. Die Unterstützung erfolgt kümmerlich, aber ausreichend.

Ihm folgte Dr. Kalb. „Deutschland" begann er — „erwartet von Sachsen, daß es seine Pflicht thue und Sachsen hofft von Deutschland, daß es seinen gebührenden Platz darin erhalte." Sachsen müsse aber zuvörderst nach seiner Pflicht fragen, denn es habe viel gut zu machen an Deutschland. Man beziehe sich jetzt plötzlich auf die Verträge von 1815. Warum habe man aber an diese Instanz nicht gedacht, als man das Bündniß vom 26. Mai einging, als man Oesterreich die Verfassung von Kremsier geben ließ, als man die National-Versammlung berief? als man Frankreich zur Republik werden ließ? — Die Pfordten'sche Schulweisheit weise uns immer und schon seit langer Zeit nach Ungarn hin und suche dort die Aufgabe Deutschlands. Er sehe aber nicht ein, warum Deutschland das „Culturdüngungsmittel" für Oesterreich sein solle. Oesterreich brauche Deutschland immer nur als Schemel seiner Macht, während Preußen um seiner selbst willen immer mehr mit Deutschland sich identificiren müsse. Darum möge man halten, was man (im Mai) versprochen, und durchführen, was man begonnen, am wenigsten aber in offiziellen und halboffiziellen Artikeln die Männer schmähen, welche den Weg festhielten, den früher das Ministerium selbst für den besten gehalten. Als ein sächsischer Deutscher stimme er für die Majoritätsanträge, denn „Alles mit Gott und Deutschland über Alles!"

Funthanel spricht sich ebenfalls in längerer Rede für den Deutschen Bundesstaat aus, indem er zugleich über einige, diesen Gegenstand betreffende Schriften sich verbreitet. Er sei — fügt er hinzu — ein Anhänger der Frankfurter Verfassung, aber eben, weil er Dies sei, stimme er für die Dreikönigsverfassung. In keinem Falle wünsche er aber die bereits bestehenden Freiheiten beeinträchtigt zu sehen und daher beantrage er:

der Regierung zu erklären, daß man bei Erledigung der Deutschen Verfassungsfrage jedenfalls die, den Völkern Deutscher Einzelstaaten vermöge ihrer Landesverfassungen oder vermöge der Grundrechte bereits zustehenden Rechte und Freiheiten gewahrt wissen wolle.

Nachdem dieser Antrag fast einstimmig unterstützt worden, bittet v. Friesen wegen seiner „schwachen Stimme" um die Erlaubniß, die Tribüne betreten zu dürfen, was ihm natürlich gewährt wird. Er bringt eine ganze Buchhandlung mit. Seine Rede war, wie zu erwarten, eine Apotheose der Regierungspolitik, d. h. der jetzigen, denn den Abschluß des Bündnisses vom 26. Mai tadelte er. Die Rede war aber so lang, langweilig und geistlos, daß außer dem Referenten fast Niemand ihr Aufmerksamkeit schenkte. Wir haben fast Nichts gehört, was wir nicht schon hundert Mal von Andern gehört oder gelesen hätten, nur Das war uns neu, daß „durch das Interim der Hauptzweck des Bündnisses vom 26. Mai bereits erreicht" und daher ein weiteres Vorschreiten unnöthig gewesen sei. Er ist im Uebrigen ein Anhänget der bekannten Dreieridee und will ein „Mittelreich mit 17 Millionen". Endlich schließt er mit der — jedenfalls nicht überflüssigen — Versicherung, daß er nur vom Deutschen Standpunkte gesprochen, und fügt dann „als Sachse" noch hinzu, wie er nicht wünschen könne, daß — nachdem bereits der Name der Franken und Schwaben untergegangen — nun auch noch der Name der Sachsen untergehe. Zuletzt beantragt er eine Modifikation, d. h. Abschwächung selbst des von dem Ausschusse gestellten allgemeinen Antrags, und zwar dahin, daß gesagt werde: „die Kammer wolle als ihre feste Ueberzeugung aussprechen, daß sie schleunige Erledigung der Deutschen Verfassungsfrage durch Begründung eines einigen Deutschen Reichs mit einer aus Wahlen des Volks hervorgehenden Vertretung als allein heilbringend erachte." Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Leider hatte die Langeweile des Redners auch auf die Tribünen einen sehr entfernenden Einfluß geäußert, und Viele hörten daher nicht die glänzende Abfertigung, die ihm sofort von dem Referenten zu Theil wurde. Mit Recht bemerkte übrigens Derselbe, daß Diejenigen, welche Oesterreich vom Deutschen Bundesstaate ausgeschlossen wissen wollten, noch keineswegs Gegner Oesterreichs seien oder Oesterreich geschwächt zu sehen wünschten; im Gegentheile glaube man nur, daß Oesterreich besser thun werde, sich erst selbst zu organisiren und dann mit Deutschland in eine enge Verbindung zu treten. Es gelte jetzt — schloß er — Wort zu halten dem Volke, dem man eine Verfassung genommen und dem man nur dadurch gerecht werden könne, daß man ihm eine, wenigstens dem Resultate nach gleiche wieder verleihe. (Bravo.) Hiermit endete wegen zu weit vorgerückter Zeit (3 Uhr) die heutige Sitzung.

Wiesbaden, den 28. Febr. Finstere Gerüchte, (so meldet die regierungsfreundliche „Nass. Allg. Ztg."), die leider theilweise schon in Erfüllung gegangen sind, verbreiten sich über die Gestaltung der Deutschen Verhältnisse. Der bekannte diplomatische Agent Klindworth (der meist zu Eltville am Rhein auf seinem Gute verweilt), soll bereits 8 Tage vor der neulichen Kurhessischen Katastrophe den Sturz des letzten März-Ministeriums mit Bestimmtheit vorhergesagt und dessen nunmehrigen Nachfolger als solchen genannt haben. Mit gleicher Bestimmtheit soll derselbe auch den Sturz des Quasi-März-Ministeriums Jaup zu Darmstadt und dort ein Ministerium Homberg angekündigt haben. Endlich wollte derselbe bestimmte Kunde haben von nahe bevorstehenden Maßregeln Seitens der Bundes-Centralgewalt zur Unterdrückung jeder demokratischen Regung in allen Theilen des Bundesgebietes, und namentlich in den kleinen Ländern, sowie von einem ebenfalls seiner Ausführung sehr nahen Projekte einer Central-Untersuchungs-Kommission zur Wiederaufnahme aller bedeutenden Untersuchungen wegen politischer Verbrechen, auch wenn bereits freisprechende Erkenntnisse von Geschwornen vorlägen.

Kassel, den 2. März. Zu Anfang der gestrigen Stände-Sitzung verlas der Präsident folgendes Schreiben des Landtags-Kommissars: „Auf die heute an mich gelangte Mittheilung über die von hoher Stände-Versammlung am 26. d. M. beschlossene Erklärung und Verwahrung, in Betreff des von Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten neugebildeten Ministeriums, beehre ich mich, dem Herrn Präsidenten der Stände-Versammlung ergebenst anzuzeigen, daß ich mich in der mir als Landtagskommissar vorgezeichneten Stellung und nach empfangener specieller Instruktion außer Stande sehe, jenes Schreiben bei den kurfürstlichen Staatsministerien zur amtlichen Vorlage zu bringen." Nach langer, heftiger Diskussion über das hiernach vom neuen Ministerium beliebte „kleinliche und unwürdige Manöver" wurde beschlossen, das Schreiben der Landtagskommission dem Verfassungsausschusse zur Begutachtung zu überweisen. Dann erfolgte eine Mittheilung des Ministeriums des Aeußern, wonach die Stände-Versammlung aufgefordert wird, alsbald drei Mitglieder zum Staatenhause des Erfurter Reichstages zu wählen. Die Vornahme der Wahl in nächster Sitzung wurde beschlossen. (N. H. Z.)

Oesterreich.

Wien, den 2. März. (Berl. N.) Heute Nachmittag 3 Uhr ist folgende telegraphische Depesche eingelaufen: „Zara, den 26. Februar. In Montenegro sind plötzlich unruhige Bewegungen ausgebrochen. Die Einwohner von Moraza haben sich von der Herrschaft des Vladika losgesagt und ihren Kloster-Archimandriten zum Oberhaupte erwählt." — In Böhmen erregt viel Aufsehen der an der Bairischen Grenze entstandene Konflikt zwischen einer bewaffneten Bande Bairischer Schmuggler und dem Militair, welchen die Nationalgarde der benachbarten Stadt Winterberg kräftigen Widerstand leistete. — Das frühere Werbverfahren in Ungarn hat aufgehört; die Einstellung findet auf eine Kapitulationszeit von 8 Jahren und bei einem Handgelde von 3 G. statt. — Dem Vernehmen nach sind in Palma Nuova Unruhen ausgebrochen, die jedoch durch rasches Einschreiten der Militär-Gewalt sogleich unterdrückt wurden. — In Cavignano im Küstenlande sind Excesse vorgefallen, weshalb einige Truppenabtheilungen dorthin beordert worden. — Unsere neuliche Mittheilung bestätigt sich, wonach etwa 100 Magyaren zu Trawnik in Bosnien in Türkische Militär-Dienste traten. Sie erhalten täglich 10 Kr. C.-M. Löhnung und außerdem eine Ration an Brod, Fleisch und Reis. — In Prag geschehen seit längerer Zeit bedeutende Diebstähle, und auf den frequenteren Straßen in der Nähe der Hauptstadt Raubanfälle von Leuten, die Feuerwaffen bei sich führen, eben so häufige Einbrüche in den umliegenden Ortschaften. Die Prager Stadthauptmannschaft hat deshalb meilenweite Streifungen durch ihre Beamten angeordnet, welchen es gelang, 33 Individuen (darunter 5 Weiber) einzufangen. — In Pesth tagen seit einiger Zeit die Abgesandten sämmtlicher südlichen Gemeinden Ungarns, auf welche die bekannte Strafsteuer von 2 Mill. 300,000 G. C.-M. verhängt ist, um die Summe gewissenhaft zu repartiren. Es stellen sich bei diesen Berathungen Schwierigkeiten heraus, die nur mit außerordentlichen und erschöpfenden Anstrengungen gehoben werden können. — Durch die von Wien nach Klagenfurt gesandte Militär-Hospitals-Kommission sollen arge Mißbräuche aufgedeckt worden sein. Es wird unter anderem gesagt, daß man die Nothwendigkeit, die Bettwäsche zu wechseln, so wenig anerkannte, daß neue Typhuskranke sofort in die Betten von Typhusverstorbenen gelegt wurden.

Schweiz.

Bern, den 26. Februar. Von deutschen Arbeiter-Vereinen, die vor etlichen Jahren in der Schweiz bestanden und communistische Tendenzen verfolgt haben, ist früher oft die Rede gewesen. Eine damals angeordnete Untersuchung hat gezeigt, daß allerdings in der westlichen Schweiz, hauptsächlich in den Cantonen Neuenburg, Waadt und Genf, dergleichen Unwesen getrieben worden ist. Die Rädelsführer mußten die Schweiz verlassen. Seitdem hörte man nichts weiter von dem Bestehen solcher Vereine. Da erscheint eben ein „Aufruf an die Arbeiter," welcher im Hinblick auf die bevorstehende Social-Revolution zur Organisirung von Arbeiter-Vereinen auffordert, in denen das social-demokratische Prinzip verbreitet, communistische Werke gehalten, über die social-demokratische Frage Discussionen gepflogen, Unterricht in der Kriegswissenschaft ertheilt werden solle 2c. Es wird in dem Aufrufe gezeigt, wie die nächste Zukunft den Sieg der Demokratie und die Vernichtung der entmenschten Fürsten, der wuchernden Bourgeoisie, der Aristokraten und Schein-Demokraten bringen müsse. Um dann reines Feld zu machen, solle man ein Verzeichniß aller reactionairen Blätter, ihrer Redacteure und Correspondenten veranstalten 2c. Hier eine kleine Probe des Styls: „O des unseligen Vorurtheils der demokratischen Partei in Frankreich, wenn sie über Robespierre schimpfen sollte! Hätte Robespierre noch einige Jahre gewirkt, es hätte dort keine Bourgeoisie gegeben, und die Jetztwelt hätte nach logischen Folgerungen eine Niederlage der Demokratie nicht zu beklagen!" 2c. Dieses Flugblatt ist von „O. Maas als Mitglied des Arbeiter-Vereins" unterschrieben und in Bern in der Vereins-Druckerei im Januar 1850 gedruckt. Maas ist ein deutscher Flüchtling aus der Pfalz. Der Bundesrath hat sogleich seine Verhaftung angeordnet. Am 20. d. M. sollte in Murten ein Congreß von Abgeordneten des deutschen Arbeiter-Vereins Statt finden; aber alle, welche sich dort zusammenfanden, sind auf Befehl des Bundesrathes von der Freiburgischen Polizei verhaftet worden. Der Bundesrath wird die Erwartungen, die man von ihm hegt, erfüllen und alle, welche die Schweiz zum Heerd ihrer propagandistischen Umtriebe machen wollen, mit unerbittlicher Strenge verfolgen. (Deutsche Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 2. März. (Köln. Ztg.) Der „Constitutionnel" erklärt die Nachricht, daß Persigny Berlin verlassen und hieher zurückkehren werde, für unbegründet. — Das „Journal des Debats" versichert, daß es, obgleich sein Name nicht auf der Liste des Comité's der gemäßigten Presse stehe, dennoch die von der Wahlunion bezeichneten Candidaten ohne Vorbehalt und ohne Bedenken unterstützen werde, wie es dies auch im vorigen Jahre gethan habe. — Vergangene Nacht ist ein außerordentlicher Courier unseres Gesandten in Petersburg hier eingetroffen. Trotz der beruhigenden Versicherung Lahitte's und der halbamtlichen Blätter dauern die Gerüchte vom Ausbruche eines allgemeinen Krieges fort und finden vielfachen Glauben. Man sieht in den Truppen-Bewegungen nach dem Osten einen Beleg für diese Gerüchte, und will schon wissen, daß General Vaillant, der die Belagerung von Rom leitete, zum Chef des Geniewesens des Beobachtungs-Heeres bezeichnet sei. Inzwischen wird im Kriegs-Ministerium und namentlich auf dem topographischen Bureau höchst thätig gearbeitet; eine Menge Offiziere sind beschäftigt, doppelte Pläne aller Schweizer-Cantone aufzunehmen. Fortwährend spricht man von dem nahen Rücktritte des Kriegsministers d'Hautpoul, der anstatt des nach Frankreich zurückkehrenden Charon, den interimistisch General Pelissier ersetzen soll, als General-Gouverneur nach Algerien gehen würde. — Die Pariser Mobilgardisten werden am 7. zur Feier der Gründung der jetzt aufgelösten 25 Bataillone dieser revolutionären Miliz ein großes Bankett veranstalten. — Nach dem „Courrier Français" wäre der Befehl des Beobachtungs-Heeres an der Schweizer-

*) Von verschiedenen Seiten ist auch gegen uns der Wunsch ausgesprochen, hier auch einen solchen Verein ins Leben zu rufen.

gränze dem General Lafontaine übertragen. — Die verwittwete Großherzogin von Baden soll nach der vorgestrigen sehr glänzenden Soiree im Elysee zu ihrem Neffen L. Napoleon gesagt haben: „Bürger-Präsident! Ihre Gesellschaft ist die einer Durchlauchtigsten Hoheit.“ — Sämmtliche Militär-Gewalten im Departement Ober-Marne sind dem nach Langres abgeschickten Obersten des 4. leichten Infanterie-Regiments übertragen worden.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird die Berathung des Gesetzentwurfs über die Ertheilung der Concession für die Paris-Avignoner Bahn an eine Privatgesellschaft fortgesetzt. Nachdem de Mouchy seinen gestern begonnenen Vortrag für das Gesetz beendigt hat, legt der Finanzminister Fould mehrere Creditforderungen und einen Antrag auf Ermächtigung zur provisorischen Forterhebung der Staats-Einnahmen und Bestreitung der Staats-Ausgaben während der Monate April und Mai vor, da das Budget noch immer nicht votirt ist. Hierauf spricht der Minister der öffentlichen Bauten, Bineau, die Ansicht der Regierung über das Gesetz wegen der Paris-Avignoner Eisenbahn aus. Er hebt bei der Vertheidigung des Gesetzes besonders den Fortschritt Deutschlands vor Frankreich durch die in kurzer Zeit vollbrachte Erbauung der großen Eisenbahn-Linien hervor und äußert die Befürchtung, daß die längere Verzögerung der großen Eisenbahn-Verbindung des Mittelmeeres mit dem Norden für Frankreich den unwiederbringlichen Verlust des Ostindischen Transits zur Folge haben könnte, während der Vorsprung von 4 bis 5 Stunden, den der Weg über Marseille vor dem über Triest darbieten würde, diesen Transit immer für Frankreich erhalten werde. Der Minister macht interessante Mittheilungen über die finanzielle Lage der verschiedenen Eisenbahn-Gesellschaften in Frankreich und England, um die Richtigkeit der denselben vorgeworfenen ungeheuren Gewinnste zu beweisen. Von den Französischen Eisenbahn-Gesellschaften haben nur 14 ihre Aktien al pari und darüber; 16 verlieren an dem gegenwärtigen Cours ihrer Aktien $12\frac{1}{2}$ bis 80 Prozent. Nach dem Börsencours vom 20. Febr. waren die von den sämmtlichen Gesellschaften wirklich eingezahlten 518 Millionen nur noch $366\frac{1}{2}$ Millionen werth, was einen Verlust von $33\frac{1}{2}$ Prozent ausmacht. In England, wo die ungeheure Summe von 7 bis 8000 Millionen in die Eisenbahn-Unternehmungen gesteckt worden ist, findet ein ähnliches Verhältniß statt. Von den 55 bedeutendsten Eisenbahn-Gesellschaften Englands stehen nur bei 12 die Aktien al pari und darüber, und noch dazu ist es nur eine einzige unter diesen, bei der dies bloß von ihrem wirklichen Einkommen herrührt; die Aktien der 43 anderen bieten im Augenblick einen Gesammt-Verlust von 38 Prozent dar. Der Minister trägt entschieden auf die Concession der Paris-Avignoner Bahn an eine Privat-Gesellschaft mit einer Staatssubvention von $37\frac{1}{2}$ Prozent an, wobei er erwähnt, daß die anderen Französischen Eisenbahnen 45 Prozent bis 71 Prozent ihrer Ausgaben auch vom Staate erhalten haben. Nach einer kurzen Unterbrechung durch den Minister des Innern, der nach einem Briefe des Loire-et-Cher-Präfekten eine Anschuldigung gegen denselben wegen Parteilichkeit bei der dortigen Wahlbewegung widerlegt, setzt Cremieux die Diskussion über die Paris-Avignoner Eisenbahn fort. Er nennt die projektirten Concessions-Bedingungen dermaaßen verderblich für den Staat und übertrieben vortheilhaft für die Gesellschaft, daß man dieselben gewiß nicht einmal vor die Kammern der vorigen Monarchie zu bringen gewagt haben würde, wo noch an Deputirte und Pairs Eisenbahn-Concessionen ertheilt werden konnten. Cremieux bricht seinen Vortrag ab, da es schon $6\frac{1}{4}$ Uhr ist. Die Diskussion des Unterrichtsgesetzes wird auf Montag den 11. März vertagt.

Paris, den 4. März. (Telegraphische Depeschen.) Die Legitimisten bestehen auf Nicht-Annahme des Maires-Gesetzes. — Aus dem Scrutinium der Union Electorale sind folgende Candidaten hervorgegangen: Lahitte, Boniean, Foy, Darlonville, Persil.

Großbritanien und Irland.

London, den 1. März. (Köln. Ztg.) Im Oberhause ward gestern die auf die Partei-Umzüge in Irland bezügliche Bill zum zweiten Male verlesen. Im Unterhause bat Hume um Erlaubniß, eine Bill zur Verbesserung der National-Repräsentation vor das Haus bringen zu dürfen. Die Ansichten Humes in Betreff der parlamentarischen Reform sind bekannt. Außer dem mit seinem Namen identificirten „Household Suffrage“ verlangte er geheime Abstimmung und Beschränkung der Parlaments-Dauer auf 3 Jahre. Man darf ihn daher dem Geiste und der Zahl der von ihm befürworteten Artikel nach einen halben Chartisten nennen. Sir J. Walmsley unterstützte den Antrag. Nach einer längeren Debatte, ward die Motion Humes mit 242 gegen 96 Stimmen verworfen. — Disraeli ist durch ernsthaftes Unwohlsein gehindert, im Parlamente zu erscheinen.

Griechenland.

Nach Briefen aus Athen vom 18. Februar beruhte das Gerücht, daß die Englischen Streitkräfte die Inseln Sapienza und Elaphonisi okkupirt hätten, auf einem Mißverständnisse. Sir Th. Wyse hatte allerdings an den Minister des Aeußern, Hrn. Londos, eine Depesche gerichtet, in welcher er das Eigenthumsrecht Englands auf die beiden Inseln behauptete und mit der sofortigen Ausweisung aller nicht Britischen und Jonischen Unterthanen von denselben drohte. Der Französische Minister-Resident, Hr. Thouvennel, beeilte sich jedoch, gegen die Ausführung dieser Drohung zu protestiren, worauf Sir Th. Wyse antwortete, daß er bloß die Griechische Regierung zu einer seit 12 Jahren vergeblich erwarteten Antwort habe zwingen wollen und daß für den Augenblick nicht mehr davon die Rede sei, Gewalt anzuwenden, da dieser Zweck erreicht sei. (Köln. Z.)

Locales ꝛc.

Posen, den 7. März. Ein schaudererregendes Verbrechen, welches an das Schicksal Caspar Hausers erinnert, ist, wie wir erfahren, ganz in unserer Nähe aus schnödem Eigennutz verübt worden. Im Dorfe Goranin-Huben bei Czerniejewo ist von einem dortigen Einwohner seit dem Jahre 1848 ein Mensch im Kellergewölbe versteckt und gefangen gehalten worden, bis durch einen Zufall die Obrigkeit Kunde von dieser Unthat erhielt. Ein Polnischer Soldat war nämlich zur Zeit der Insurrection von diesem Einwohner, dem er 80 Thaler schuldete, beredet worden, sich den Reihen der Insurgenten anzuschließen. Nachdem die Insurrection unterdrückt war, flüchtete jener Verleitete zu seinem argen Rathgeber, dieser setzte ihn durch die Vorstellung in Angst, daß er — entdeckt — strenge Strafe zu erwarten habe und bot ihm Zufluchtsstätte und Versteck in seinem Keller an. Hier hat der Unglückselige wirklich fast zwei Jahre, bei dürftiger Nahrung, verlebt, bis er entdeckt wurde. Zu spät wurde er indeß an das Tageslicht gezogen, sein Körper war durch Gefangenschaft und Entbehrung so geschwächt, daß er wenig Tage nach seiner Befreiung verstarb. Das zuständige Gericht hat die Untersuchung gegen den Schuldigen eingeleitet.

Bei Wersice, 2 Meilen von hier, hat sich vor wenigen Tagen ein ausgewachsener Wolf auf freiem Felde sehen lassen. Man fürchtet, daß diese Raubthiere den bald auszutreibenden Heerden großen Schaden thun werden.

Zur Berichtigung der in der Zeitung Nro. 54 d. d. Posen den 4. März c. enthaltenen Nachricht, wird uns aus Gay, 3 Meilen von hier, mitgetheilt, daß die in dem Gehölz des 3 Meilen von Posen belegenen Dorfes Jankowice am 2. d. Mts. erlegten zwei einjährigen Thiere, welche von dem hinzugekommenen Gensd'armen und anderen Leuten für Wölfe angesehen wurden, zwei dem Dominium Gay entlaufene Hunde, von gelber Farbe, gewesen sind.

χ Bromberg, den 5. März. Bisher ist der für unsere Regierung designirte neue Präsident, der Geh.-Rath von Schleinitz aus dem Ministerio des Innern, noch nicht eingetroffen, jedoch soll dies nur dem Umstande zuzuschreiben sein, daß derselbe zugleich Mitglied der ersten Kammer war, in welcher er für die Rechte nicht ohne Bedeutung war. Die Gunst der Regierung, so wie zugleich des Königlichen Hauses soll dieser, übrigens durch Gründlichkeit und Klarheit ausgezeichnete Mann, der sich beiläufig noch in den Dreißigern befindet, hauptsächlich dem Zufall zu verdanken haben, daß er am 19. März des Jahres 1848, als der Berliner Pöbel seine Angriffe gegen das Palais des Prinzen von Preußen richtete, den Prinzen selbst in seinen Wagen aufnahm und mit ihm unerkannt davonfuhr. *) — In Kurzem steht uns die Einrichtung einer zweiten Kleinkinderschule bevor, und es sind bereits die Lokalien für dies Institut gemiethet, auch ist die Wartefrau angestellt. Der Rechnungsabschluß der ersten derartigen Anstalt pro 1849 hat das erfreuliche Resultat eines Plus von 261 Thalern ergeben. Die Ausgaben der Anstalt haben für das genannte Jahr 353 Thaler betragen. Bedenkt man, wie bedeutend der Einfluß solcher Anstalten für die Bildung und Sittlichkeit der untern Volksschichten ist, so kann man diese Einrichtung nur eine höchst dankenswerthe nennen.

Ein Wort über Auswanderung.

(Fortsetzung.)

Diese allgemeineren Bemerkungen vorausgeschickt, gehen wir nun an eine kurze Beurtheilung der einzelnen Ländermassen. Wir haben indeß dabei keineswegs die Absicht, Beobachtungen über Barometerhöhe und Längen- oder Breitengrade zu geben, da dies nur in eine ausführlichere Darstellung, als die unsere, passen und zu unserem Zweck nichts helfen würde.

Zuerst wenden wir uns zu Oceanien oder Australien. Da wir nämlich von dem zur Einwanderung Wenigstgeeigneten zum Besseren fortzuschreiten beabsichtigen, so ist dieser Vorzug, welchen wir dem jüngsten Welttheile geben, vielleicht gerechtfertigt. Denn wir müssen uns von vorn herein gegen jede Niederlassung im ganzen Bereich Ausstraliens erklären.

Das Innere des neuen Kontinents, zu dem man nur durch Uebersteigung furchtbarer Felsenketten gelangt, ist nämlich nichts weiter, als eine wasserlose, mit Steinen besäete, sandige Wüste, während von den Küstenstrichen einige sich noch in einem fast chaotischen Zustande befinden, andere dagegen zwar einen lachenden Himmel und fruchtbaren Boden zeigen, mitunter aber von so wilden, wolkenbruchartigen Regenstürmen heimgesucht werden, daß jede Saat mit der Wurzel ausgerottet oder fortgeschwemmt wird.

Außerdem kann für einen Europäer ein Land wenig Angenehmes haben, wo die Nesseln so groß werden, wie die höchsten Bäume und das demüthige Farrnkraut Stämme von 20—25 Fuß Höhe hat, wo es geflügelte Schlangen und Fische mit Fledermausfittichen giebt, wo ferner eine Art Maulwurf haust, mit einem Entenschnabel und einem giftigen Stachel am Hinterfuß, der Eier legt und doch seine Jungen säugt; wo es auf den Hügeln warm, in den Thälern kalt ist, das Steigen des Barometers schlechtes Wetter, sein Fallen gutes anzeigt — kurz, wo alle Dinge, an die wir uns hier, als an unabänderliche und natürliche gewöhnt haben, die umgekehrten Erscheinungen darbieten.

Dieselben Regenstürme, welche die Küsten Oceaniens verwüsten, zeigen sich auch an den Gestaden Afrika's, zu dessen Besprechung wir nun kommen. An vielen Stellen des Littorales von Afrika ziehen fast täglich mehrere Gewitter herauf, welche sich mit orkanartiger Gewalt entladen. Mit Ausnahme des nördlichen Theiles und des Caplandes sind diese Küstenländer auch größtentheils ungesund, wie es z. B. notorisch ist, daß in Sierra Leone alle Jahre das Fieber drei Viertheile der dort stationirten Truppen hinwegrafft. Das Capland steht unter Englischer Herrschaft, welche ihren Einfluß in hohem Maaße auch auf Egypten geltend macht. Wenn wir demnach noch die Barbareskenstaaten wegen des dort herrschenden religiösen Fanatismus von den ansiedelungsfähigen Ländern ausnehmen, so würde von ganz Afrika für eine Einwanderung nichts übrig bleiben, als Algerien. Diese Französische Provinz steht jedoch unter einer Regierung, welche es nirgends und nie verstanden hat, zu kolonisiren. Eine Niederlassung dort zu gründen, wäre daher auf keinen Fall rathsam. Uebrigens liegt der Welttheil, von dem wir hier reden, fast ganz in der heißen Zone, sogar in Algier steigt das Thermometer im Schatten noch auf vierzig Grad R. Der letztere Grund würde auch gegen eine Einwanderung in Innerafrika sprechen, dessen wundervolle, smaragdgrüne Palmenwälder im Norden die Wüste Sahara, im Süden die lebendige Mauer der Hottentotten und Betschuanie's, im Westen und Osten aber das gefährliche Klima der Küsten und die Wildheit der Ureinwohner vor der übrigen Welt verschließen.

Wenn eine Ansiedelung im Herzen Afrika's ein verlorner Posten der Civilisation sein würde, so läßt sich dasselbe in noch höherem Maaße vielleicht von einer Niederlassung in Centralasien sagen. Eine Einwanderung in diese räthselhaften und unbekannten Länderstrecken, deren ausgedehnte Wüsten überall von hohen und rauhen Gebirgsrücken begrenzt sind und denen im Norden Sibirien, im Osten und Süden China und Tibet, im Westen die Turkmanischen Steppen vorliegen, würde schon deshalb eine Unmöglichkeit sein, weil es keine Straße giebt, auf welcher die Züge der Kolonistenkaravanen zu ihm gelangen können; wie es denn bis jetzt nur wenigen Reisenden vergönnt gewesen ist, Theile dieser Länder zu sehen. Was das übrige Asien betrifft, so versperrt der Haß gegen die Fremden den Zugang zu China, Tibet und Japan, und in fast gleichem Maaße feindlich gegen Europäer zeigt sich die Bevölkerung Hinter-Indiens. Die Steppen Turkestans werden von Horden bewohnt, welche auf den abgehärtetsten und schnellsten Pferden der Welt menschenraubend bis nach Persien schweifen und den Bau der wenigen Feldrüchte ihren Sklaven überlassen. Die Afghanenländer mit Theilen von Buchara und die Besitzungen der Shiks sind, wie Deutschland zu den Zeiten der Raubritter, mit festen Burgen versehen, deren Inhaber sich damit beschäftigen, Reisende und andere unbeschützte Personen zu überfallen und zu tödten oder zu knechten. In den fast ausschließlich von Mohamedanern bewohnten westlichen Distrikten Asiens, die unter der Botmäßigkeit des Schah's von Persien und des Großherrn stehen, herrscht ein Glaubenseifer, welcher in Arabien, der Wiege des Islam, sich gar zum Fanatismus steigert. Uebrigens ist jede nationale Regierung auf dem Asiatischen Continente zugleich eine despotische, und dasselbe findet auch auf den Ostindischen Inseln statt. Aber dort auf dem sumpfigen Boden dieser freilich sehr reichen Eilande zeigt sich auch, wie am Senegal der Longo, der wilde Neger, oder wie in Australien der von der Gesellschaft außgestoßene Verbrecher und der räuberische, kaum einer langsamen Kultur fähige Papua — der blutdürstige Malaye mit seinem krummgeschliffenen Dolche dem Ansiedler als unerwünschter Nachbar; so auch auf Madagaskar, das bisher noch keine Erwähnung gefunden hat. Sollte dennoch eine gastliche Küste auf den Inseln oder auf dem Festlande jenes ältesten Welttheiles sich dem Deutschen zur Einwanderung darbieten — die Eifersucht der anderen seefahrenden Nationen, so die der Holländer, welche auf den Sundainseln und Molukken mächtig sind, oder der Spanier, welche die Philippinen wie ein kostbares Kleinod vor jeder fremden Annäherung zu schützen suchen, würde doch alle fremde Kolonieen am Aufblühen zu verhindern wissen. Es bleibt mithin von dem ganzen großen Ländercomplex Asiens nichts weiter übrig, als Vorindien; doch auch hier treten die vorwiegenden Handelsinteressen Englands der Bildung eines Deutschen Tochterstaats entgegen. Zeigte England zur Beförderung und Unterstützung der Deutschen Kolonisation dort sich geneigt, so würde der religiöse Fanatismus der Mohamedaner und Hindus sich bald zum Schweigen bringen lassen und die dortigen Gewalthaber sich zu vortheilhaften Zugeständnissen bequemen müssen. Allerdings schwebt über dem nördlichen Theile der Tiefebene zwischen dem Vindchyagebirge und dem Himalaya fast das ganze Jahr hindurch eine unerträgliche, drückende Hitze, so daß er mit Recht als der Heerd der Cholera und des Typhus angesehen wird, dagegen ist der Dekan oder südliche Theil ein fruchtbares Hochland mit dem gesundesten und wohlthätigsten Klima, namentlich gegen die Berghöhen, so wie auf der ganzen, dem Schiffer leider so gefährlichen Küste von Malabar, zu welcher der in Aussicht stehende Kanal von Suez einen bedeutend kürzeren Weg darbieten würde.

Es giebt demnach kein Land der alten Welt, das sich unter den als nothwendig aufgestellten Bedingungen, ganz zur Ansiedelung eignete; es bleibt uns also für die Deutsche Auswanderung nur die neue Welt.

Hier möchte sich gleich dasselbe Bedenken, welches sich gegen eine Niederlassung in Vorderindien erhebt, gegen das fast ganz den Engländern unterworfene Westindien, so wie gegen Canada und dessen Hinterländer richten. Von den drei großen, nicht zu England gehörenden Antillen aber, haben die Inseln Portorico und Hayti ein heißes, fiebererzeugendes Klima, die erstere steht nebst Cuba unter Spanischer Gewalt, eine Gewalt, welche im Lauf der Zeiten genugsam gezeigt hat, daß sie wohl fähig ist, die Keime des Lebens zu ersticken, aber nicht sie zu wecken und zur Blüthe zu bringen; Hayti's politische Zustände sind von der Art, daß man sie noch lange nicht als geordnet oder fest genug ansehen kann, um dem Einwanderer eine Garantie des ruhigen Genusses der Früchte seiner Anstrengungen zu bieten.

Eben so unerfreuliche politische Zustände, wie diese, zeigen die von ewigen Unruhen und Revolutionen zerfleischten, größtentheils glaubensdüsteren und dem heißen Brande der tropischen Sonne ausgesetzten Staaten Süd- und Mittelamerikas. In dem Kriege, welcher die bis dahin spanischen Provinzen vom Mutterland losriß, hat sich dort eine Soldatenpartei gebildet, in der Einer immer mit dem Andern um die Macht streitet, so daß, trotz der freisinnigen Verfassungen mancher Länder, die Militairdictatur doch immer wieder die Oberhand gewinnt. Die drohende Haltung der auf den weiten Pampas, in den Senkungen der reichen Stromgebiete und auf den Gebirgsabhängen frei schweifenden Stämme von Indianern und Mischlingen, so wie die fast erschreckende Fülle und Ueppigkeit der Natur, gegen die die Kraft des Menschen vergebens ankämpft, bilden zu diesen ungünstigen Verhältnissen eine üble Zugabe. Alle hier erwähnten Zustände finden sich auch in Mexiko und ein Theil derselben in Brasilien wieder, die glühend heiße, dreigetheilte Guyana aber wird von England, Frankreich und Holland beherrscht. Sonach würden auch diese Länder zur Niederlassung nicht zu empfehlen sein.

Am meisten möchte noch eine Ansiedelung in dem am westlichen Abfall der Cordilleren gelegenen Chile gedeihen. Es reicht zwar bis dahin der Einfluß der Jesuiten, deren größte Macht uns in Paraguay entgegentritt; die außerordentliche Milde und Schönheit des Climas jedoch, die reine, durch den Seewind abgekühlte Luft, welche indeß oft vom Donner tobender zahlreicher Vulkane erschüttert wird, die wunderbare Fruchtbarkeit des Bodens und die geringe Zahl von Einwohnern, die sich in diesem Lande finden, das an Flächeninhalte noch um drei Achttheile größer ist, als Preußen, ließen für eine Ansiedelung das beste Resultat hoffen, wenn der ganze Strom der Auswanderung hierher geleitet werden könnte. Hier oder nirgends müßte es gelingen, den Grund zu einem in Zukunft selbstständigen, deutschen Staate zu legen.

Ruhm gebührte dem, der das herbeizuführen oder auch nur anzubahnen wüßte! Welch' eine Zukunft für unser Vaterland, wenn es uns im Verfolg freier Institutionen, gelingen sollte, das Nord- und Ostmeer, mit ihnen also den atlantischen Ocean wieder zu erobern, während ein Bruderreich im fernen Westen auf das stille Meer, als auf das Seinige hinaus schaute.

Der Weg nach Chile freilich, da jetzt noch keine andere Straße als die Magellans oder die um das Cap Horn dahin führt — ist weit. Näher liegt Nordamerika, das letzte Land, dessen wir in unserer Darstellung zu erwähnen haben.

Wenn man erwägt, daß es in den vereinigten Staaten von Nordamerika bereits 5,000,000 Deutsche giebt und daß dort der Westen sich langsam vom Osten zu scheiden beginnt, so wird man anerkennen müssen, daß die Union, wie sie eben ist, in politischer Hinsicht schon die Grundbedingungen darbietet, unter denen allein wir ein Einwanderungsunternehmen als einen künftigen Gewinn für unser Vaterland erachten können. Es kommt nur darauf an, die Auswanderungen, welche sich jetzt zumeist dahin richten, auf den rechten Punkt zu leiten, und wir müssen daher etwas ausführlicher sein.

Die Größe des Gebiets der Vereinigten Staaten übersteigt die Deutschlands etwa um acht Mal. Das Klima ist aufregender Art; im Sommer heißer, im Winter kälter als bei uns; sonst aber, mit Ausnahme des südlichen Theiles und einiger am Meere gelegenen Strecken,

*) Uns ist dieser Vorfall nicht bekannt geworden. D. Red.

gesund. Zwei mäßig hohe Bergketten durchziehen das Land; westlich die Rocky Mountains, östlich die Alleghanygebirge. Wasserreich ist es, wie keines; die Handelsflotten aller Länder tragend, breitet im Osten der atlantische, im Westen der stille Ocean seine Fluthen aus, im Norden dehnen sich die Süßwasserseen über eine Fläche von etwa 4000 □Meilen und im Süden prangt der blaue Golf von Merito; während im Innern der Mississippi mit dem Ohio und Missouri die reichste Flußverbindung darbietet, welche man sich denken kann. Denn dieser Strom nimmt ungefähr zweihundert Nebenflüsse auf und hat eine Länge, die von der Quelle des Missouri an gerechnet, mindestens dem Querdurchschnitte von Europa, oder der Strecke vom weißen Meere bis Gibraltar gleichkommt. Der Boden, namentlich im Westen der Alleghanygebirge und im Osten des Mississippi, ist äußerst fruchtbar und herrlich zum Anbau geeignet; umgekehrt aber verhält es sich mit der Küstenstrecke von New-York bis zur Südspitze Floridas. Hier ist überdies, wie in den Arkansas, in Louisana, Mississippi, Alabama, Georgia, Carolina und Florida der Aufenthalt gefährlich und ungesund; ganz besonders zeigt sich jedoch Louisiana als der Heerd des gelben Fiebers, welches sich oft selbst bis zu den Staaten Kentucky und Virginien verbreitet. Die Größe und Schönheit der Wälder, also auch des Holzes übersteigt jede Vorstellung, die sich ein Europäer davon zu machen gewohnt ist, und ebenso bietet auch das Innere der Erde einen ungeahnten Reichthum an Mineralien dar. Die nicht immer tiefgelegenen Prairien (unabsehbare Flächen mit mannshohen Gräsern bewachsen) behalten durch alle Jahreszeiten ihr Grün und bilden die fettesten und zuträglichsten Weiden, zugleich aber auch den besten und lohnendsten Ackerboden. In dem nördlichsten sowohl als südlichsten Staate dieses weiten Landes, läßt alles zum Leben Nöthige sich reichlich erzeugen; es ist daher, Alles wohl erwogen, in dieser Beziehung, nach Chili, das ansiedelungsfähigste und bequemste der Welt.

(Schluß folgt.)

Berichtigung. Auf der Titelseite der gestr. Ztg. Z. 21 v. oben ist zu lesen: „sehr beherzigungswerth", statt beherzigend.

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 7. März.

Bazar: Die Gutsb. Znaniecki a. Brzeczemno u. v. Gajewski a. Wollstein; Dr. med. Palicki a. Kosten; Kassirer Kostewicz a. Góra; Konditor Karczewski a. Mahlendorff i. Schlesien.

Lauk's Hôtel de Rôme: Die Kaufl. Sosingshauß a. Harpe, Blose a. Erfurt, Schlesinger a. Berlin u. Kaufmann a. Breslau; Gutsb. v. Knorr a. Guttowy; Frau Gräfin Wołkowicz a. Dziakyn.

Schwarzer Adler: Gutsb. Luther a. Lopuchowo; Holzhändler Mälzer a. Wronke; Kaufm. Mähning a. Magdeburg.

Hôtel de Dresde: Gutsb. Wilczewski a. Drzązgowo.

Hôtel à la ville de Rome: Generalbevollm. Kazubski a Pakosław; Oberförster Moszczyński a. Jarzębowo.

Hôtel de Berlin: Die Gutsb. v. Kierski a. Fraustadt, Szybilski a. Ostrog, v. Chłapowski u. Balkomicki a. Grodno, Brix a. Rybitwe.

Hôtel de Pologne: Frau Prediger Jäckel u. Mühlenbesitzer Henning a. Ruda; Kaufm. Levin a. Schönlanke.

Hôtel de Paris: Wirthsch.-Beamter Brzezyński a. Nurowo.

Im Eichborn: Candidat der Rechte Kurowski a. Psarski; Wirthsch.-Beamter Laube a. Mur.-Goslin; die Kaufl. Goldschmidt, Tuch, Gellert, Alexander u. Frau Baszyńska a. Pleschen; Frau Kaufm. Schönlank u. Kaufm. Wolff a. Chodziesen; die Kaufl. Zander a. Gembic u. Goldstein a. Jaraczewo; Kaufm. Bielawski u. Sattlermstr. Rex a. Kosten; Mechanikus Wolff a. Bromberg; die Commis Levi a. Schneidemühl u. Neumann a. Warschau.

Im eichnen Born: Die Kaufl. Löwinsohn a. Samter, Euberski a. Kosten, Schmul a. Janowiec, Berend, Horwitz u. Kürschnermstr. Danielowicz a. Samoczyn; Schneidermstr. Bleichner u. Handelsm. Bähr a. Mikosław.

Zur Krone: Die Kaufl. Meyer a. D. Wartenberg, Brock a. Gnesen u. Haase a. Kurnik.

Drei Lilien: Handl.-Commis Skabowski a. Bromberg; Gutsb. Szawinski a. Brzyzno.

Markt-Bericht.

Berlin, den 6. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 48—54 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 25—27 Rthlr., pr. Frühjahr $23\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $23\frac{1}{2}$ bez. u. G., Mai-Juni 24 Rthlr. Br., $23\frac{3}{4}$ G., Juni-Juli $24\frac{3}{4}$ u. 25 Rthlr. verk., 25 Br., $24\frac{1}{2}$ G., Juli-Aug. $25\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 25 bez. u. G., Sept.-Okt. $26\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 26 G. Gerste, große loco 20—22 Rthlr., kleine 17 bis 20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., 14 G. Erbsen, Kochwaare 30—34 Rthlr., Futterwaare 27—29 Rthlr. Rüböl loco $11\frac{3}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., $11\frac{2}{3}$ G., pr. März $11\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., $11\frac{1}{2}$ G., März-April $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $\frac{1}{3}$ a $\frac{3}{8}$ G., April-Mai $11\frac{5}{12}$ a $\frac{1}{8}$ Rthlr. verk., $11\frac{1}{3}$ Br., $\frac{1}{4}$ G., Mai-Juni $11\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{8}$ G., Juni-Juli $11\frac{1}{8}$ Rthlr. Br., 11 G., Sept.-Okt. 11 Rthlr. verk. u. Br. Leinöl loco $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., pr. März-April $11\frac{1}{4}$ Rthlr., April-Mai $11\frac{1}{6}$ Rthlr. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{2}{3}$ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{1}{2}$ a $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $13\frac{1}{3}$ Rthlr., bez. u. Br., mit Faß pr. März-April $13\frac{1}{3}$ Rthlr., April-Mai $13\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{2}$ bez. u. G., Mai-Juni 14 Rthlr. Br., $13\frac{5}{6}$ G., Juni-Juli $14\frac{1}{2}$ Rthlr. bez. u. Br., Juli-Aug $14\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $14\frac{3}{4}$ bez. u. G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.